

Frau Sonntag verweist auf die ständigen Kontakte zur Kommunalaufsicht und stellt klar, dass gem. heutigem Stand die Prioritätenliste in der vorgelegten Form in den Haushalt einbezogen werden könnte. Unter Hinweis auf nähere Einzelheiten stellt sie klar, dass nach heutigem Stand eine Nettokreditaufnahme entbehrlich sei.

Herr Kolf spricht die Bahnüberführung Brückenstraße an. Nunmehr würden weitere Umgehungsvarianten untersucht und er stelle sich die Frage, wieso auch diese Lösung nicht weiterverfolgt werden solle.

Der Wunsch, so der Bürgermeister, sei nachvollziehbar. Allerdings sei das Korsett des Haushaltes so eng, dass die geringste Änderung in den Zahlen entsprechende Auswirkungen hätte. So wäre eine Genehmigung in Gefahr und somit ggf. auch das Regionale-Projekt gefährdet. Gegenüber der Bezirksregierung sei die haushaltsmäßige Umsetzung des Eigenanteils nachzuweisen. Dort arbeite man zur Zeit an einem Förderbescheid. Deshalb sei der Ansatz schweren Herzens zunächst herausgenommen worden, zumal hierzu kein konkreter Beschluss vorliege.

Herr Kolf erklärt, dass die CDU-Fraktion den Ansatz beibehalten möchte. Man werde zu ggf. Zeit einen Finanzierungsvorschlag unterbreiten.

Herr Gräf bedankt sich für die Vorarbeiten der Verwaltung. Er habe noch einige Anmerkungen:

Straßenbeleuchtung

Beibehaltung eines Ansatzes im investiven Bereich. Ggf. erfolge hierzu auch ein Deckungsvorschlag.

Der Bürgermeister erklärt, dass man den Vorschlag aufnehme. Ggf. werde man sich hier aber auch „nach der Decke strecken“ müssen.

Dienstwagen

Zumindest auf weitere Sicht der Wunsch nach einer Kosten-Nutzungsrechnung, insbesondere auch im Hinblick auf die Nutzung von Leihwagen oder langfristiger Anmietung.

EDV-Schulen

Antwort nicht zufriedenstellend. Hieraus sei nicht abzuleiten, ob die ausgewiesenen Haushaltsmittel benötigt würden. Wichtig wäre die Erstellung eines IT-Konzeptes für die Schulen, aus denen entsprechende Ausstattungsschlüssel für die unterschiedlichen Schulformen hervorgehe. Vergleich Soll- und Ist-Ausstattung. Wichtig sei auch die Beurteilung späterer Ersatzbeschaffungen.

Hausmeister KFZ

Anregung war als Möglichkeit gedacht, über kreatives Einsparen nachzudenken. Der seitens der FDP gemachte Vorschlag sei praxiserprobt. Seine Erfahrung zeige, dass die Fahrzeuge alle dargestellten Anforderungen erfüllten. Kritisch sei jedoch der CO₂-Ausstoß zu sehen. Hier müsse man noch nach Möglichkeiten suchen und möchte den Ansatz von 15.000 auf 10.000 Euro kürzen.

In der weiteren Folge der Aussprache wird der genannte CO₂-Ausstoß angesprochen. Dieser erscheine sehr hoch und stehe im Gegensatz zu dem in der Vorlage genannten Wert für den Opel. Die angegebenen Werte, so der Erste Beigeordnete, resultierten aus den Werksangaben der anbietenden Firma. Ggf. sei dies noch einmal zu prüfen.

Energiekonzept Schulen/Gymnasium

Idee des Einwandes im Rat sei gewesen, die Mittel im investiven Bereich zu sparen, sofern man mit Contracting-Modellen arbeite. Diese Kosten würden aus dem laufenden Haushalt gezahlt. Denkbar wären jedoch auch andere Finanzierungsmodelle. So könnte der Eigenbetrieb ein Heizwerk bauen. Man müsse sich dann um einen entsprechenden Betreiber bemühen, der die Anlage und das erforderliche Fernwärmenetz betreibe. Hierdurch seien zunächst auch Personalkosten entbehrlich. Es wäre aber auch eine Wirtschaftlichkeitsberechnung zu erstellen hinsichtlich eines kompletten Energie-Contractings.

Herr M. Derscheid geht ein auf die IT-Ausstattung der Schulen. Der Bereich sei sehr stark von den pädagogischen Konzepten der Schulen abhängig. Hierauf habe die Verwaltung keinen Einfluss. Ausstattungsmäßig hätten die Schulen naturgemäß unterschiedliche Schwerpunkte. Ein Teil der Geräte

sei im übrigen nicht erfasst, da sie beispielsweise von Dritten (Förderverein Spender etc.) erworben wurden. Die vorhandene Ausstattung sei aus Sicht der Verwaltung unabdingbar notwendig und die Schulen seien genötigt, weitere Geldquellen zu generieren. Die Schulen benötigten eine verlässliche Angabe darüber, mit welchen Mitteln sie seitens der Gemeinde Eitorf rechnen können. Eine Beratung des Themas im Schulausschuss unter Einbeziehung der Schulleiter sei sinnvoll.

Frau Sonntag erklärt, dass sowohl die EDV-Ausstattung Schulen als auch die Energieversorgung des Gymnasiums zu 100% aus der Schulpauschale finanziert wären und nicht zu Einsparungen in anderen Bereichen führten.

Herr Gräf erwidert, dass die Schulpauschale sicher auch für dringend notwendige Investitionen verwendet werden könnte.

Herr Zielinski schließt sich den Ausführungen von Herrn Gräf an und hält auch ein IT-Konzept für dringend notwendig. Die in der Vorlage dargelegten Informationen seien ihm nicht aussagekräftig genug.